

II-4763 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2352/J

1992-02-06

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Haupt, Mitterer, Ing. Reichhold, Dolinschek, Huber  
an den Bundeskanzler  
betreffend die höchstgerichtliche Entscheidung über den Verlauf  
des sogenannten "Gailtalzubringers"

Seit etlichen Jahren wird der Bau einer Südautobahn-Anschluß-  
stelle im Bereich der Gemeinden Arnoldstein und Hohenthurn  
geplant. So hat die zuständige Straßenverwaltung bereits in den  
70er Jahren die ersten Planungsschritte (Variantenuntersuchungen)  
gesetzt und im Oktober 1982 die Generelle Studie dieses Straßen-  
projektes dem Bundesministerium für Bauten und Technik vorgelegt.  
Nach Einholung der positiven Stellungnahme der für den Umwelt-  
schutz zuständigen Abteilung der Kärntner Landesregierung (Abt.  
20) und nach Vorlage des Anhanges "Umwelt" wurde die Generelle  
Studie im September 1983 vom Bautenministerium genehmigt. Hierauf  
konnte die Detailplanung der noch zuletzt in Diskussion stehenden  
Trasse 1 B durchgeführt werden. Nach den vorliegenden Unterlagen  
hat darüber hinaus Prof. Hartl im Mai 1985 ein Gutachten über die  
Varianten 1 B bzw. 1 B 1 erstellt. Die Vorlage der Rohentwürfe  
für den Zubringer Gailtal (samt Anhang "Umwelt") an das Bundesmi-  
nisterium für Bauten und Technik ist letztlich im Dezember 1985  
erfolgt. Nach einer weiteren positiven Stellungnahme der  
Abteilung 20 (Umweltschutz) zum geplanten Trassenverlauf und der  
Einleitung des Anhörungsverfahrens (1986) hat der Bundesminister  
für wirtschaftliche Angelegenheiten den Trassenverlauf der A 2  
Südautobahn-Anschlußstelle Gailtal mit einer Verordnung gemäß §  
4 BStG 1971 bestimmt. Diese Verordnung wurde am 22. August 1988  
im Bundesgesetzblatt (BGBl. Nr. 492/88) verlautbart. Im September  
1989 hat der Wirtschaftsminister hierauf entschieden, daß der  
Gailtalzubringer nicht als Autobahnzubringer, sondern als  
Umlegung der B 111 Gailtalstraße zu planen und zu bauen ist. Nach  
der Einbeziehung des Naturschutzbeirates und einer geringfügigen  
Änderung der Trassenplanung wurde die naturschutzrechtliche  
Bewilligung dieses Straßenprojektes im September 1990 durch die

Bezirkshauptmannschaft Villach erteilt. Mittlerweile haben Anrainer als Ausfluß ihres Unmutes gegenüber dem festgelegten Straßenverlauf die Prüfung der Verordnung des Wirtschaftsministers (BGBl. 492/88) durch den Verfassungsgerichtshof veranlaßt. Das mit Spannung erwartete Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat jedoch nunmehr überraschende Fakten dargelegt: So wurde den Intentionen der Beschwerdeführung offenbar nur deshalb entsprochen, weil der Verfassungsgerichtshof nicht auf wichtige - für die rechtliche Beurteilung notwendige - Unterlagen zurückgreifen konnte. Die Aufhebung der Verordnung wurde insbesondere mit der Mangelhaftigkeit der Entscheidungsgrundlagen des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten begründet. So sei die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit des festgelegten Straßenverlaufes durch den Verordnungsgeber nicht hinreichend dokumentiert worden. Demnach kritisierte der Verfassungsgerichtshof das Fehlen eines detaillierten Kostenrahmens sowie eines Variantenvergleiches, der das Kosten-Nutzenverhältnis der jeweiligen Trassenvarianten transparent ausweist. "Auch die durch § 4 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 BStG 1971 dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten aufgetragene Bedachtnahme auf die 'Umweltverträglichkeit' der festzulegenden Trasse war aufgrund der vorliegenden Unterlagen nicht möglich."

Da die vollständigen Planungsunterlagen jedoch seit Jahren der Zentralstelle vorliegen mußten, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler nachstehende

#### A n f r a g e :

- 1) Entspricht es den Tatsachen, daß der Verfassungsgerichtshof neuerlich die zur Entscheidungsfindung benötigten Unterlagen beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten urgiert hat?
- 2) Welche Unterlagen sind dem Verfassungsgerichtshof letztlich übermittelt worden?
- 3) Wann sind diese Unterlagen beim Verfassungsgerichtshof (Eingangsstempel) eingelangt?